



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 19.09.2011

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Heinkele
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Wiest

Stellvertreter/in:

Frau Stadträtin Goeth

entschuldigt:

Herr Stadtrat Bode
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Brunecker, Museum Biberach	
Herr Fessler, Rechnungsprüfungsamt	TOP 2 bis TOP 3
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Länge, Ordnungsamt	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Frau Maerker, Stadt- und Hospitalarchiv	
Herr Maucher, Umweltschutz	bis TOP 2
Herr Raumel, Stadtbücherei	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Schulze, Liegenschaftsamt	ab TOP 3
Herr Walz, Gebäudemanagement	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	Ab TOP 3

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Begrüßung	
2.	Entschlammung Rißkanal und Uferbefestigung im Bereich Alleenstraße in Biberach	138/2011
3.	Onleihe - Entwurf	135/2011
4.	Bekanntgaben - Artikel zur Personalentwicklung im Staatsanzeiger	
5.	Verschiedenes	
5.1	Verschiedenes - Probleme mit ausländischen Mitbürgern in der Theaterstraße	

Die Mitglieder wurden am 08.09.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 12.09.2011 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Begrüßung

OB Fettback begrüßt zur ersten Sitzung nach der Sommerpause und äußert die Hoffnung, alle hätten sich gut erholen können und genügend Abstand zur Gemeinderatsarbeit gefunden. Bei der Stadt habe es während der Ferien keine besonderen Vorkommnisse gegeben und es sei absolut ruhig gewesen.

Aktuell habe man mit den Haushalts-Dks begonnen, die sehr entspannt seien, was auch an der guten wirtschaftlichen Lage liege. Einige Zahlen hätten sich positiver entwickelt als gedacht. Vieles sei auch durch die Klausurtagung schon abgearbeitet.

Es hätten bereits viele tolle Veranstaltungen stattgefunden, von der Interkulturellen Woche bis zum Kulturparcours.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 138/2011 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback lässt wissen, es gehe um eine Beteiligung der Stadt ohne Anerkennung einer Rechtspflicht. Die Arbeiten seien bereits in Gang.

StR Dullenkopf bezeichnet die städtische Beteiligung als angemessen und meint, selbst wenn die Maßnahme teurer werde sei der maximale städtische Zuschuss mit 25 000 Euro ausreichend. Er fragt, ob das ausgebagerte Material auf Schadstoffbelastung untersucht werde.

StR Lemli fragt, warum man sich nur mit 25 Prozent beteilige, da 1965 die Beteiligung der Stadt noch bei 75 Prozent gelegen habe.

Die Freien Wähler gingen davon aus, dass die 25 Prozent dem ökologischen Nutzen entsprächen, gibt StR Heinkele zu verstehen. Unter dieser Voraussetzung stimme man zu.

Die Grünen stimmten aus ökologischen Gründen zu, lässt StR Dr. Schmid wissen. Den Hinweis von StR Dullenkopf bezeichnet er als wichtig.

Auch die FDP-Fraktion werde zustimmen, gibt StR Funk zu verstehen.

Frau Leonhardt lässt auf Frage wissen, die Finanzierung sei gesichert, da man vorsorglich einen Haushaltsausgabereist gebildet habe.

Vor zehn Jahren habe eine ungültige Beprobung stattgefunden, lässt Herr Rechmann wissen. Vor vier Wochen sei eine Mischprobe zur Analyse an das Landratsamt gegeben worden. Danach enthalte das Material keine Schadstoffe, die gegen eine Ablagerung sprechen würden. Die finanzielle Kostenaufteilung habe man nicht genau berechnet, setze aber den ökologischen Nutzen wie von StR Heinkele vermutet bei 25 Prozent an. Nach einer Schätzung würden ca. 2 000 Kubikmeter Schlamm anfallen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Stadt beteiligt sich an den Gesamtkosten für die Entschlammung und der Uferbefestigung des Rißkanals mit 25 % der Kosten, jedoch nicht mehr als 25.000 € in Form einer Freiwilligkeitsleistung.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 135/2011 zur Information vor.

StR Dullenkopf spricht den Budget-Gedanken an und meint, derartige Anschaffungen, die über den Verwaltungshaushalt getätigt würden, sollten eigentlich über das Budget abgewickelt werden. Bei den Schulen werde dies so gehandhabt. Sie bildeten Rückstellungen über mehrere Jahre, um derartige Maßnahmen zu finanzieren. So verstehe man ein Budget. Wenn die Verwaltung eine andere Meinung vertrete, müsse diese dargelegt und gegebenenfalls das Budget verändert werden, wenn es zu gering sei. Jetzt nehme man den Vorgang zur Kenntnis und bei den Haushaltsplanberatungen werde dann wohl wieder eine Diskussion über das Budget erfolgen.

Herr Raumel stellt klar, die Anschaffung werde über den Vermögenshaushalt und nicht über den Verwaltungshaushalt abgewickelt.

StRin Drews begrüßt die Maßnahme namens der SPD-Fraktion. Sie fragt, ob mit Ulm oder Neu-Ulm bei den Anschaffungen kooperiert werden könnte und ob auch eine Zusammenarbeit mit der Kreisbibliothek erfolge.

StR Heinkele meint, es sei schön, immer Positives von der Bücherei zu hören und dies sei sehr schmeichelhaft. Dennoch stelle sich die von StR Dullenkopf aufgeworfene Frage und warum eine Abwicklung über den Vermögenshaushalt erfolge. Bücher würden auch nicht als Vermögen behandelt. Auch müsse man sich fragen, ob man immer zu den Vorreitern gehören müsse und ob mit einer derartigen Anschaffung nicht auch einmal ein paar Jahre gewartet werden könnte. Er äußert die Vermutung, dass Studenten auch über ihre Universitäten Zugang zur Onleihe haben müssten.

StR Späh bezeichnet es als unabdingbar, mit dem Zug der Zeit zu gehen, wenn man Bildung als wichtig erachte. Die Onleihe sei auch eine gute Möglichkeit, die Jugend anzusprechen.

StR Funk meint, seit Jahren erhalte man mindestens einmal jährlich eine derartige Vorlage und die Antwort, dass der Vermögenshaushalt nicht im Budget beinhaltet sei. Daher habe die FDP-Fraktion auch die Abschaffung des Budgets in ihrem Wahlprogramm gehabt. Man habe diese Absicht nur geschoben aufgrund des Hinweises von Frau Leonhardt, dass im Zuge des neuen Haushaltsrechts ohnehin Veränderungen erfolgten. Er bittet um eine Aufstellung der Stadtbücherei und des Kulturdezernats, was man im Verwaltungshaushalt im Budget in den letzten Jahren beschafft habe und was durch Einzelbeschlüsse zusätzlich hinzugekommen sei, damit man Kenntnis davon erhalte, ob das Budget verändert werden müsse. Dies sei auch eine Frage der Transparenz.

Frau Leonhardt bestätigt, das Budget beziehe sich nur auf den Verwaltungshaushalt. Der Erwerb von Lizenzen sei entsprechend der Doppik im Vermögenshaushalt zu buchen und zu aktivieren. Bei der Erstausrüstung gelte jedoch die 400-Euro-Regelung, sprich nur was teurer als 400 Euro sei, werde über den Vermögenshaushalt abgewickelt.

Herr Raumel bestätigt, dass die Onleihe nicht über das Budget finanziert werden könne. Der Medienetat sei seit sechs bis sieben Jahren gleich hoch und er könne daher schon immer weniger

gebundene Bücher anschaffen. Man könne jedoch auch die Nutzerzahl nicht abschätzen und wann aufgrund der Onleihe Einsparungen im Printbereich möglich würden.

OB Fettback gibt zu verstehen, das Budget sei kein Allheilmittel. Das Argument, dass der Medientat zu gering sei und dass durch die Onleihe versucht werden solle, dieses Manko zu beheben, lasse er nicht gelten. Denn dies hätte dann bei der Budgetberatung diskutiert werden sollen.

StR Wiest findet das Thema grundsätzlich positiv. Die Frage sei nur die Finanzierung. Er fragt, ob die Kosten der Mitarbeiterschulung über den Verwaltungshaushalt erfolgten und der Aufwand daher entsprechend gesplittet werden könne.

Frau Leonhardt bestätigt Letzteres.

StR Lemli spricht die Kostenbeteiligung von Privatschulen und anderen an, worauf Herr Raumel zu verstehen gibt, man habe noch nicht über Kooperationen gesprochen. Die Onleihe könnte mit dem Leseausweis der Stadtbücherei genutzt werden. Unter Umständen könne man mit der Mediothek des Berufsschulenzentrums zusammenarbeiten. Es habe sich jedoch gezeigt, dass Verbünde wenig effizient seien.

Potentielle Nutzer hätten durchaus die Möglichkeit, sich in Ulm eine entsprechende Karte zu kaufen und dann das Angebot zu nutzen, dann hätte man sie aber nicht als Kunden der Stadt Biberach.

StR Hagel bestätigt, dass Lizenzen abgeschrieben würden, weshalb sie im Verwaltungshaushalt mit ca. 20 Prozent wieder auftauchen müssten. Im Zuge des Umstiegs auf die Doppik müsse dies sauber dargestellt werden.

Frau Leonhardt sichert dies zu, dies laufe aber außerhalb des Budgets.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

TOP 4 Bekanntgaben - Artikel zur Personalentwicklung im Staatsanzeiger

OB Fettback macht auf den in Umlauf gegebenen Artikel von Herrn Simon zum Thema Personalentwicklung im Staatsanzeiger aufmerksam.

TOP 5.1 Verschiedenes - Probleme mit ausländischen Mitbürgern in der Theaterstraße

StRin Kübler macht auf das Gebäude in der Theaterstraße aufmerksam, das eine schreckliche Umzäunung habe und dessen Bewohner immer wieder Probleme machten. Unter anderem stellt sie einen gefährlichen Umgang mit Feuer fest. Sie fragt, was unternommen werde und warum man diese Zustände nicht beenden könne.

Frau Länge lässt wissen, es handle sich um ein städtisches Gebäude und man sei mit dem Landratsamt in Verbindung, um festzustellen, was unternommen werden könne. Noch im September solle hierzu ein Runder Tisch einberufen werden.

StR Dullenkopf bemerkt, bezüglich dieses Problems habe Herr Scheuing bereits vor ca. 10 Jahren versprochen, die problematische Familie zu verlegen. Geschehen sei nichts. Er habe selbst Feuer mit meterhohen Flammen beobachtet. Auch seien die Personen sehr laut, wobei es offensichtlich so sei, dass bereits normale Unterhaltungen so laut geführt würden, dass ein Außenstehender vermute, es handle sich um einen Streit. Er wundere sich, dass ein Runder Tisch eingerichtet werden solle, da die Probleme lange bekannt seien.

StRin Kübler meint auch, es sollte viel schneller reagiert werden.

Hauptausschuss, 19.09.2011, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Goeth
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann